

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-  Anzeiger

Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft Flöha und die Behörden in Frankenberg

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Rohberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von C. G. Rohberg in Frankenberg i. Sa.

Nr. 267

Freitag den 15. November 1918

77. Jahrgang

Aufruf!

An die Gemeindebehörden und Bewohner des amts-hauptmannschaftlichen Bezirks Flöha.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, der sich für den Kommunalverband Flöha gebildet hat, hat mir erklärt, daß die öffentliche Gewalt für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Flöha in seine Hände übergegangen sei.

Er hat an mich das Ansuchen gestellt, darauf hinzuwirken, daß die Zivilbehörden und alle vom Kommunalverband mit irgend einer Tätigkeit auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung beauftragten Stellen und Einzelpersonen ihre Tätigkeit wie bisher verrichten möchten. An den bisherigen Kompetenzen der Zivilbehörden solle nichts geändert werden, und eine Einmischung seitens des Arbeiter- und Soldatenrates in den inneren Dienstbetrieb solle nicht stattfinden. Nur müsse sich der Arbeiter- und Soldatenrat eine Mitwirkung bei gewissen mit der Lebensmittelversorgung zusammenhängenden Angelegenheiten und in den Gemeinden insbesondere den Ausbau bestehender beziehentlich die Errichtung neuer Ernährungsausschüsse vorbehalten. Weiter müsse der Arbeiter- und Soldatenrat voraussetzen, daß von Seiten der Zivilbehörden nicht eine absichtliche böswillige Durchkreuzung allgemeiner Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates stattfinde.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat mir zugesichert, daß er für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Bezirke streng besorgt sein werde, wie er auch alles daran setzen werde, daß hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln, Kohlen usw. Stockungen nicht eintreten.

Im Interesse der Allgemeinheit habe ich mit meinen sämtlichen Beamten bez. den Beamten des Kommunalverbandes die Weiterführung der Amtsgeschäfte zugestimmt.

Den Gemeindebehörden des Bezirks und der gesamten Bevölkerung des Kommunalverbandes gebe ich dieses mit dem Hinweis bekannt, daß die Gemeindebehörden und alle sonst mit der Lebensmittelversorgung betrauten Stellen und Einzelpersonen in gleicher Weise wie bisher in allen Anordnungen als Amtshauptmann und Vorsitzenden des Kommunalverbandes nachzukommen haben. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und einer gesicherten Ernährung der Bevölkerung erwarte ich, daß alle diese Stellen ihre Pflichten in gleicher Weise wie bisher erfüllen.

Besonders mache ich noch darauf aufmerksam, daß wie zunächst alle Gelege, so auch insbesondere alle mit der Lebensmittelversorgung zusammenhängenden Verordnungen und Vorschriften nach wie vor Geltung haben und Uebertretungen dieser Verordnungen und Vorschriften, deren peinlichste Einhaltung im gegenwärtigen Augenblicke mehr denn je geboten ist, die strengste Bestrafung finden werden.

Die Bewohnerschaft des amts-hauptmannschaftlichen Bezirks beziehentlich des Kommunalverbandes bitte ich dringend, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren. Gewalttätige Ausschreitungen werden strengstens geahndet werden.

Die Exekutiv Beamten, Gendarmerie sowohl wie Ortspolizei, behalten ihre Befugnisse wie bisher.

Flöha, den 13. November 1918.

Der Amtshauptmann und Vorsitzende des Kommunalverbandes,

Dr. Edelmann.

Gegengezeichnet Arbeiter- und Soldatenrat Flöha.

Bernhard Vogel.

Verkauf von Schleiern und Karpfen

Freitag, den 15. ds. Mts., an die Bewohner des 2. Brotartenbezirktes Nr. 201 bis 300 bei Müller und Friebe.

Auf einen Haushalt bis drei Köpfe entfällt ein Pfund, von vier bis sechs Köpfen zwei Pfund, von sieben und mehr Köpfen drei Pfund.

Preise: Schleiern 2.60 Mark, Karpfen 3.20 Mark für das Pfund.

Gelde sind mitzubringen. — Die Kuswetskarte ist vorzulegen, worauf die Belieferung anzuweisen ist.

Stadtamt Frankenberg, den 14. November 1918

Der Thronverzicht des Königs

Dresden, 13. 11. Dem vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat in Groß-Dresden ging folgenden Schreibe zu:

Dresden, 13. November 1918. An den Arbeiter- und Soldatenrat, Dresden, Ständehaus. Auf die heute früh an Seine Erzellenz den Herrn Finanzminister gerichtete Anfrage teile ich mit, daß Seine Majestät der König auf den Thron verzichtet hat. Gleichzeitig hat Seine Majestät alle Offiziere, Beamten, Geistlichen und Lehrer von dem ihm geschuldeten Treueid entbunden und sie gebeten, im Interesse des Vaterlandes auch unter den veränderten Verhältnissen ihren Dienst weiter zu tun.

Der Minister des Innern. Dr. Koch.

830 Jahre haben die Wettiner das Sachsenvolk regiert und zum Teil sehr große und hervorragende Persönlichkeiten gestellt. Das Haus der Wettiner war wohl das älteste Herrscherhaus der Welt. Daß es jetzt von der roten Zeit mit hinweggeschwemmt wurde, ist ein weltgeschichtlicher Vorgang, der wohl so kommen mußte, den aufzuhalten niemand mehr in der Lage war, als die heranbrauende Strömung richtig erkannt wurde. Selbst den Leitern der Bewegung ist die ganze Umwälzung wohl überraschend gekommen. Aber wie König Friedrich August vom Thron stieg, wie er die Krone der Herrscher aus dem großen Geschlecht der Wettiner schloß, das ist menschlich so großartig und von so schlichter Größe, daß die Sachsen ihm dankbar sein müssen und die Geschichte ihm besondere Lob geben wird. Der letzte Regierungsakt des Königs: Entbindung der Offiziere und Beamten von ihrem Eide, damit sie ohne Gewissensbisse ihr Verhältnis zu der neuen Staatsordnung und den neuen Gewalten regeln können, wird von allen besonnenen Kreisen mit Befriedigung aufgenommen werden. Welche Pflichten dem Staatsbürger heute auferlegt sind, das ergibt sich ja klar aus der ganzen Lage. Nachdem die neuen Gewalten die Willensabsicht erkennen lassen, die Umgestaltung des Staates in geordneten Bahnen zu halten und nach der Zeit des inneren Aufbaues den neuen Regierung auch alle Notwendigkeit des alten Staats-

wesens und demokratische Freiheiten für den Bürger zu geben, ist es ein dringendes Erfordernis der Volkswohlfahrt, alles zu vermeiden, was zu Störungen der öffentlichen Ordnung führen könnte. Die Inhaber der neuen Gewalt haben vor aller Welt die Verantwortung für ihre Reformarbeit übernommen, und wenn sie dabei Verständnis für das Maß ihrer sittlichen Pflichten gegenüber dem Volke in seiner Gesamtheit und gegenüber den einzelnen Bürgern zeigen, wenn sie die ihnen zur Verfügung stehenden Nachmittel in voller Gerechtigkeit gebrauchen, dürfen sie der Unterstützung aller wohlmeinenden Kreise gewiß sein, die zwar ihre Ueberzeugungen nicht von einem Tage zum andern umstellen können, die aber den redlichen Willen haben, alles zu tun, was dem Gange und seinen Zielen nützt, und alles zu vermeiden, was ihnen Schaden könnte.

Für diese Auffassung, so schreibt der „Dresdner Anz.“, hat König Friedrich August Verständnis gehabt, wie er auch mit seiner letzten Regierungshandlung bewies. Durch diese persönliche Uneigennützigkeit des Denkens hat er freilich nur die Meinung bestätigt, die sich über diesen auf hoher Stellung schlicht und einfach denkenden Mann gebildet hat. Der letzte König von Sachsen stand in seinen Lebensanschauungen und in seinen Neigungen dem demokratischen Wesen schon nahe. Ihm war keine Stellung ein Amt, das er sicher nicht begehrt hätte, wenn es ihm nicht nach den geltenden Bestimmungen zugefallen wäre. Er hat immer nur die Dienstpflichten dieses Amtes nach bestem Wissen und Können erfüllt, aber die Ehrenrechte und die Würde des Königsamtes niemals stark betont, jedenfalls niemals härter, als notwendig war. Wir möchten glauben, daß es auch seinem schlichten Wesen zu danken ist, wenn sich die Umwälzung in Sachsen in so glatter, fast geschäftsmäßiger Ruhe vollzogen hat, und es ist wohl die schönste Anerkennung, zugleich vielleicht das schönste persönliche Bewußtsein, daß ihm keine gehässige oder sonst ablehnende Meinung nachfolgt. Durch die Freilegung der Gewissenspflichtungen und durch die Bitte an die Beamten, den Dienst „zum Wohle des Vaterlandes auch unter den veränderten Verhältnissen weiterzutun“, hat er sich an seinem letzten Regierungstage zum Mittler zwischen der alten und der neuen Zeit gemacht. Es wurde schon in voriger Woche, wo

Aufforderung.

Hierdurch wird bestimmt, sämtliche in Privatbesitz oder Waffenhaltungen sich befindliche Waffen, sowie Munition unverzüglich, und zwar bis 18. November 1918 gegen Empfangsbescheinigung wie nachstehend abzuliefern:

Die Ortshäufen: Flöha, Ebersdorf, Falkenau, Gütelsberg, Hausdorf, Niederwiesla, Plauen-Bernsdorf mit Staatsfortkroivir

auf dem Bezirkskommando Flöha (Kammergebäude), Börschen bei Deberan mit Rittergut, Deberan, Dreitenau, Frankenlein, Hörsdorf, Hartha, Irbersdorf, Kirchbach, Remmendorf, Schneefeld, Thiemendorf, Winoendorf mit Rittergut in Deberan im Konsumverein.

Die Ortshäufen: Frankenberg, Altenhain, Kuerswalde mit Rittergut, Braunsdorf, Dittersbach, Garsdorf, Gunnersdorf, Lichtenwalde mit Rittergut, Wetzdorf, Mühlbach, Neudörfchen, Niederlichtenau mit Rittergut, Oblichtenau, Ortelsdorf, Sachsenburg mit Landesanstalt und Kammergut in Frankenberg — Infanterieschule.

Die Ortshäufen: Eppendorf mit Staatsfortkroivir, Fockendorf, Grünhainichen, Börschen, Heßdorf, Reubsdorf, Marbach, Meßdorf in Eppendorf im Konsumverein.

Die Ortshäufen: Jöhobau, Dittersdorf mit Modisgut und Staatsfortkroivir, Weßbach mit Rittergut, Dittmannsdorf, Gornau, Hohndorf, Krumbemmersdorf, Schölschen-Pörschendorf mit Rittergut, Waldkirchen, Wilschdorf in Jöhobau im Konsumverein.

Die Ortshäufen: Erdmannsdorf mit Rittergut, Augustusburg, Dorfschellenberg, Grünberg, Jennersdorf, Hohenfichte, Kunnersdorf in Erdmannsdorf im Warenverteilungsverein.

Diese Aufforderung bezieht sich auch auf sämtliche Militär- und Schützenvereine. Nichtbefolgung dieser Aufforderung wird strengstens bestraft. Inanspruchnahme der Waffenbesitzrechte haben sich zwecks weiterer Führung ihrer Waffen beim Arbeiter- und Soldatenrat im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft einzufinden. Flöha, den 13. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat des Kommunalverbandes Flöha.

J. A. Martin Vogel, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Alle arbeitslosen Arbeiter und Arbeiterinnen im Bezirk der Stadt Frankenberg haben sich ab 15. 11. während der Dienststunden von 9—1 Uhr vormittags bei dem städt. Arbeitsnachweis — Rathaus, Zimmer Nr. 6 — zu melden.

An die Arbeitgeber ergeht das Ersuchen, bei Bedarf von Arbeitskräften dieselben vom Arbeitsnachweis zu fordern.

Frankenberg, den 14. 11. 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat Frankenberg i. Sa.

Böhl.

Petroleum-Verkauf

auf den November-Abchnitt der Petroleumarten vom 15. ds. Mts. ab bei Eckert, An der Kirche; Rinkerbach, Schloßberg; Handold, Chemnitz Straße; Jenschke, Bismarckstraße; Kluge, Altenhainer Straße; Krüger, Dürckstraße; Lange, Badberg; Pöster, Freiburger Straße und Wagner, Gärtnerei.

Auf einen Abschnitt entfallen drei Liter. Mit dieser Menge muß unbedingt Sparsam umgegangen werden, da weitere Zuweisungen voraussichtlich nicht erfolgen können. (Die Zufuhr aus Oesterreich ist ganz unterbrochen.)

Die Händler haben die verzeichneten Marken bis Ende November ds. Js. verpakt und mit Angabe der Zahl, sowie mit dem Namen des Händlers versehen im Rathaus — Zimmer Nr. 6 — abzugeben.

Stadtamt Frankenberg, am 14. November 1918.

Tageblatt-Bestellungen

nehmen unsere Ausgabestellen, Stadt- und Landboten, sowie Postanstalten entgegen.

die Ereignisse der historischen Nacht vom Freitag zum Samstag auch nur geahnt werden konnten, verbürgt erzählt, daß ihm angeboten worden war, die Schloßwachen zu verstärken. Er lehnte es ab mit den schlichten und fast ergreifenden Worten: „Wenn die Sachsen glauben, ohne mich glücklich zu sein, dann will ich ihnen nicht im Wege stehen. Von diesem Geiste, von dieser menschlichen Bescheidenheit zeugt die letzte Regierungshandlung, die keinen Abdankungsentschluß begleitete, und so nimmt er aus seiner Regierungszeit auch etwas mit in sein neues Leben, das ihn vielleicht mehr ziert als das Gold einer Krone: das Gefühl, daß — wenn sein Amt auch nicht mehr mit dem Geiste der neuen Zeit übereinstimmte — seine Persönlichkeit doch dem Herzen der Sachsen teuer war und bleiben wird, und daß er wohl als König Gegner, aber nicht als Mensch Feinde gehabt hat.“

Die Waffenstillstandsverhandlungen

Am 13. 11. Im „Echo de Paris“ gibt Gutin Einzelheiten über die Besprechungen, die der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vorausgegangen sind. Die deutsche Kommission wurde drahtlos davon in Kenntnis gesetzt, daß die Ankunft zweier Aukturen bevorstehe und daß einzelne kleine Änderungen in den Bedingungen gewünscht würden. Der Gedankenaustausch war sehr lebhaft, wurde aber doch sachlich geführt. Die Besprechungen zwischen Foch und Wemyss und der deutschen Delegation fanden im Salonwagen Fochs statt, der bei Reims stand. Sie dauerten von 1 Uhr nachts bis morgens 5 Uhr. Die deutsche Delegation zeigte eine große Selbstbeherrschung und veranlaßte, daß einzeln Punkte besondere Härten genommen wurden. Es wurden 20 Änderungen erzielt. Den Herren wurde entgegengehalten, daß Bismarck Frankreich auch harte Bedingungen auferlegt hätte und daß die damals hätten ebenfalls angenommen werden müssen. Es wurde vor allen Dingen verlangt, daß die deutsche Heere möglichst schnell über das linke Rheinufer gebracht werden. Erzberger unterzeichnete dann handschriftlich die Bedingungen, während General von Winterfeldt weinte.

einzelnen, allgemein verstimmen und Vorurteil gegen die Vertreter einer solchen Richtung zur Folge haben müssen.

Der Kampfabstand der wirtschaftlichen Demobilisierung: Die „Deutsche Wg. Ztg.“ veröffentlicht folgenden Aufruf an die Arbeiter- und Soldatenräte:

In Berlin ist ein „Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung“ (Demobilisationsamt) vom Rat der Volksbeauftragten und dem A. und S. Rat errichtet worden. Seine erste Aufgabe ist, unseren aus dem Felde heimkehrenden Brüdern auf dem Wege zur Heimat und zu den früheren Arbeitsstätten helfend zur Seite zu stehen und aus der Rüstungsindustrie frei werdenden Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten andere Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Arbeiter- und Soldatenräte: Helft der Zentralstelle! Ihre Arbeit ist für den Bestand unserer Volksregierung entscheidend. Halbt euch an die von der Zentralstelle ernannten Demobilisationsorgane, die Demobilisationskommissionen in den Regierungsbezirken und die Demobilisationsausschüsse in den Städten und Landkreisen. Die bisherigen Beschlagnahmen von Rohstoffen müssen zunächst bestehen bleiben, neue Beschlagnahmen durch die A. und S. Soldatenräte dürfen nicht stattfinden. Sonst ist Verwirrung unermesslich, und der Arbeiter kann nicht arbeiten. In der Landwirtschaft sind alle Besitzer verpflichtet und bereit, ihre früheren Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten wieder aufzunehmen, ebenso in den gewerblichen Betrieben, in Industrie und Handwerk, soweit Rohstoffe und Betriebsmittel vorhanden sind. Wo die Aufnahme unmöglich ist, werden die Demobilisationsorgane durch Notstandsarbeiten helfen. Wer arbeiten will, soll Arbeit und auskömmlichen Lohn haben. Für alle, die keinen Erwerb finden, wird der Staat sorgen. Die nötigen Geldmittel werden zur Verfügung gestellt werden. Die Erwerbslosenfürsorge ist gesichert. Nur bei ungenügendem Arbeiten der Demobilisationsorgane wird es gelingen, allen heimkehrenden und in der Rüstungsindustrie nicht mehr zu beschäftigenden Arbeitern und Angestellten Arbeit zu schaffen. Die wertvolle Arbeit aller aber ist die Voraussetzung jeder neuen politischen und sozialen Organisation des Volkes. Wer die ordentliche Beschaffung von Arbeit hindert, wer die nötige Demobilisierung hindert, wer die Arbeitsverbindung zwischen Front und Heimat untergräbt, verflucht sich deshalb aufs schwerste am Volke. Jeder folge daher in Ruhe und Ordnung den notwendigen Demobilisierungsmaßnahmen!

Berlin, 12. Nov. 1918. Ebert, Haase, Roß.

12. Teplitz, 12. 11. Gestern fanden hier zwei Versammlungen statt, die von den Deutsch-Bürgerlichen, bzw. den Sozialdemokraten einberufen waren. In der Versammlung der Deutsch-Bürgerlichen wandten sich die Redner gegen das Aufgehen in den tschecho-slowakischen Staat, forderten die Provinz Deutsch-Böhmen und den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das deutsche Reich. In einer sozialdemokratischen Versammlung sprach sich Landeshauptmannsleiter Treutler Seliger für Selbstbestimmungsrecht von Deutsch-Böhmen und Anschluß an die deutsche Republik aus.

Bitte Deutsch-Böhmens an die Reichsregierung zu Reichenberg, 13. 11. Die Landesregierung Deutsch-Böhmens, Sie Reichenberg, hat sich mit folgender Drängung an die deutsche Regierung gewandt: Im Hinblick auf die geänderten politischen Verhältnisse, die den baldigen Anschluß Deutsch-Oesterreichs und damit auch Deutsch-Böhmens an das Deutsche Reich in Aussicht stellen, wendet sich die Landesregierung von Deutsch-Böhmen an den Herrn Reichskanzler mit der dringenden Bitte, unsere Ernährungslage in jeder möglichen Weise zu unterstützen.

25 000 Entente-Soldaten in Prag Wie ein tschechisches Blatt meldet, werden in kürzester Zeit 25 000 Entente-Soldaten in Prag eintreffen.

Deutsch-Westungarn fordert Anschluß an Deutsch-Oesterreich Die Deutsch-Westungarn fordern den Anschluß an Deutsch-Oesterreich. Es werden große politische Rundgebungen erwartet.

Die Gärung im Auslande

Die Verdrüderung an der Front ar Paderborn, 13. 11. Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet: Die Befehle der heute nachmittags 1 Uhr 30 Minuten von der Front nach hier zurückgekehrten Flugzeuge melden, daß in 10 französischen Schützengräben von der belgischen Grenze bis Mons die rote Fahne gehißt ist, und daß die deutschen Truppen sich mit den französischen Truppen verdrübert haben.

Foch ermordet? arf Wie der Bremer „Weserzeitung“ aus bester Quelle versichert wird, ist der Ententegeneralissimo Foch ermordet worden. Die Zustände in Frankreich sind unheilbar.

Die „Weserztg.“ bemerkt hierzu: Die Meldung wurde uns bereits in den Abendstunden des Dienstag gerücheltweise aus Berlin mitgeteilt. Wiederholte Anfragen im Großen Hauptquartier bestätigten uns die Richtigkeit der Nachricht. Zur Stunde haben wir eine amtliche Bestätigung noch nicht erhalten. Auch im auswärtigen Amt ist noch nichts zu erfahren.

Die Bewegung in Paris arf Aus Genf wird berichtet: Der „Progress de Lyon“ meldet aus Paris: Der Syndikalistenvorband des Seine-departements hat beschloffen, einen Antrag auf Umgestaltung der Verfassung in eine demokratisch-proletarische zu stellen.

Rundgebungen Italiens gegen die Monarchie Aus Zürich wird berichtet: Nach Meldungen von der italienischen Grenze ist in Rom und Mailand infolge der Straßenkämpfe der Republikaner und Sozialisten für die Abschaffung der Monarchie ein allgemeines Versammlungsverbot erlassen worden.

Zürcher Blätter melden aus Mailand die Bildung von A. und S. Räten in Mailand und Turin.

Holland vor Ausbruch der Revolution arf Die „Aän. Volksztg.“ meldet aus Amsterdam: „Der Führer der holländischen Sozialdemokratie hat in einer Rede in Rotterdam angekündigt, daß die Revolution in Holland am Freitag oder Samstag ausbrechen werde. Das Amsterdamer „Handelsblad“ fordert die Regierung auf, mit Waffengewalt dieser Revolution entgegenzutreten. Wir erfahren, daß es wahrscheinlich dazu zu spät ist, weil die Regierung zu lange gezögert hat, den Oberbefehlshaber abzusagen und die ganze Armee zu demokratisieren.“

12. Haag, 12. 11. Nach dem Corr.-Büro teilte der Minister des Innern in der Zweiten Kammer u. a. mit, daß die Verhandlungen Hollands mit der Entente in London günstig verlaufen, und daß schon jetzt Schiffe mit Getreide, Öl und Fett nach Holland unterwegs seien. Als Gegenleistung müsse Holland den Alliierten für fünf Jahre einen Kredit von 150 Millionen Gulden zu 5 Prozent einräumen. Störungen der Ordnung in diesem Augenblick würden nur die Verhandlungen schädigen, das Betriebsleben stören und Hungersnot zur Folge haben.

13. Haag, 13. 11. Vor dem Palast hielt ein revolutionärer Redner eine Ansprache an das Volk, in welcher er die Forderung ausrief, die Republik auszurufen. Die

Militärwache vor dem Palast ist durch Volkst bewacht. In Amsterdam sprach in einer der für heute angekündigten Volksversammlungen Troelstra.

14. Haag, 14. 11. In den meisten größeren Orten Hollands fanden gestern in Zusammenhang mit der internationalen Lage Versammlungen statt. In der Hauptstadt kam es zu größeren Rundgebungen der sozialistischen, sowie der revolutionären Partei. Bereits am Nachmittag zogen Bürger zusammen mit Soldaten, die sich von ihren Truppenstellen entfernt hatten, mit Ruß und unter Vorantragung einer roten Fahne durch die Straßen.

Politische Nachrichten

Zwei fortschrittliche Staatssekretäre arf Wie das „Berl. Tagebl.“ hört, hat die sozialistische Regierung dem fortschrittlichen Abgeordneten Justizrat Dr. Waldstein die Leitung des Reichsjustizamtes und dem ehemaligen Staatssekretär Dr. Dernburg die Leitung des Reichsfinanzamtes angeboten. Die beiden befragten Persönlichkeiten haben sich ihre Entscheidung vorbehalten.

Täglich sind 16 Kilometer zu räumen arf Haag, 14. 11. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Alliierten in ihren jetzigen Stellungen noch drei Tage verbleiben. Vom dritten Tage ab werden sie täglich 16 Kilometer vorrücken. Die Deutschen müssen also täglich 16 Kilometer räumen. Daraus ergibt sich, daß die Alliierten am Sonntag in Brüssel und Antwerpen sein werden.

13. Haag, 13. 11. 25 000 Mann deutscher Truppen, die aus Belgien kamen, erreichen die holländische Grenze bei Asselste und wollen den Durchmarsch mit Waffengewalt erzwingen. Durch Vermittelung der deutschen Gesandtschaft wurde ein Eingreifen der holländischen Truppen verhindert, und es wurde erreicht, daß der Durchmarsch nach Niederlegung der Waffen gestattet wurde.

Sachsens künftiger Kriegsminister arf Wie die „Volkszt.“ mittelt, soll der unabhängige Sozialdemokrat Feder, jetzt Vorsitzender im Chemnitzer A. u. S. Rat, künftiger Kriegsminister werden.

Die ersten Maßnahmen der neuen preussischen Regierung arf Berlin, 13. 11. Wie verlautet, beabsichtigt die neue preussische Regierung, sobald sie endgültig konstituiert ist, das Abgeordnetenhaus für aufgelöst und das Herrenhaus für abgeschafft zu erklären. Die Güter der Krone sollen Nationaligentum werden.

Die Entente verlangt Auslieferung des Kaisers arf Amsterdam, 13. 11. Dem „Algemeen Handelsblad“ wird von seinem Londoner Korrespondenten telegraphiert, daß von vielen Seiten, auch von sehr gemäßigten, gegen den Aufenthalt des Kaisers in Holland energisch protestiert wird. Man verlange allgemein seine Auslieferung an die Alliierten.

Der werdende baltische Staat arf Rönigsberg (Pr.), 12. 11. Aus Riga wird berichtet: Der Vereinigte Landestag von Estland, Lettland, Kurland und Dösel beschloß in der letzten Sitzung, gemeinsam mit dem kurländischen Landestag einen baltischen Regenschafstest, bestehend aus acht kurländischen und drei lettischen Mitgliedern, und einen aus Vertretern aller Nationalitäten und Bevölkerungsgruppen der baltischen Lande bestehenden baltischen Landesausschuss von 26 Mitgliedern zu wählen.

Rundgebungen in Brüssel? arf Haag, 13. 11. Wie das Bureau von der belgischen Grenze meldet, sollen in Brüssel Rundgebungen vorgenommen sein. Die Belgier haben Ruß, in denen deutsche Zeitungen verkauft wurden, zerstört. Auch wurde auf deutsche Soldaten geschossen. Die Deutschen beantworteten das Feuer, wobei etwa 40 Personen getötet worden sein sollen.

Ein englisches Kriegsschiff gesunken arf Berlin, 14. 11. Das englische Kriegsschiff „Audacious“ ist gesunken. Reuter meldet aus London: Der Admiralstab gibt bekannt, daß das englische Kriegsschiff „Audacious“ am 27. 10. nördlich der irischen Küste auf eine Mine gelaufen und gesunken ist.

Kleine Mitteilungen

Ip Hergabe von Siedlungsland. Die Großgrundbesitzer von Königsberg in der Neumarkt veröffentlichen einen Aufruf, in dem sie es als eine Ehrenpflicht bezeichnen, die An siedlung von Bauern, Handwerkern und freien Arbeitern durch freiwillige Hergabe von Land zu fördern. Sie fordern gleichzeitig ihre Berufsgenossen auf, sich der Rundgebung anzuschließen.

Thronentsetzung König Ludwigs. König Ludwig 3. von Bayern hat telegraphisch auf den Thron verzichtet.

Der Reichstagsabgeordnete: Freiherr von Camp ist an der Grippe erkrankt.

Die Lichenen beschloffen: Lebensmittellieferungen. Der tschechische Nationalausschuss verleiht, daß alle Lebensmittellieferungen nach Deutsch-Böhmen, auch die Transitsendungen, durch das tschechische Gebiet beschlagnahmt werden.

Aus Heimat und Vaterland

Frankenberg, den 14. November 1918. Zum Feldpostverwand des Tageblattes. Durch die in diesen Spalten schon erwähnte Briefsperr nach dem Westen ist der von uns aus bewirkte Versand des Tageblattes fast vollständig unterbunden und es wurden uns selbst solche Sendungen zurückgegeben, deren Empfänger wir als im Osten befindlich annehmen mußten. Wir werden für die nächsten Tage die Zeitungen zum Nachsenden an neuere Bestimmungsorte zurücklegen. Wir bitten die Angehörigen unserer „Fest im Felde“, von der Zurückverlegung ihrer Söhne und Brüder in inländische Garnisonen oder in die Heimat uns gefl. sofort nach Empfang derartiger Nachrichten Mitteilung zu machen, damit wir unsere Versandlisten ergänzen und die Nachsendungen des „Tageblattes“ an neue Aufenthaltsorte bewirken können. Uns liegt selbst daran, daß alle Bezieger gewissenhaft bedient werden! Geschäftsstelle des „Frankenberger Tageblattes“.

Kaiser Carl in Sachsen. Wie in Dresden verlautet, ist gestern in Moritzburg als Gast des bisherigen Königs Friedrich August das bisherige österreichische Kaiserpaar eingetroffen.

Die Hände zu führen gilt es, mag die Sorge um den zukünftigen Weltlauf noch so groß sein. Mit der Lebensmittellieferung soll es besser werden, aber wir tun gut daran, weiter jeden Fleck Boden, der sich uns bietet, fürsorglich für den Bedarf des nächsten Jahres vorzubereiten. Dafür sind auch die Novembertage nicht zu entscheiden, denn jetzt, wo wir noch frostfreie Tage haben, paßt es am besten, die Erde tüchtig umzugraben, sie in rauhen Schollen liegen zu lassen, damit die Winterfeuchtigkeit richtig einziehen kann, und sie tüchtig zu düngen. Diese Bearbeitung ist deshalb notwendig, weil die Wettergelehrten wieder mit einem trockenen Frühjahr rechnen, so daß wir schon auf Bodenfeuchtigkeit zum Gedeihen der Pflanzen angewiesen sind. Sollte, was wir hoffen, diese Prophezeiung nicht eintreffen, so nützt die Bodenbearbeitung jetzt später um so mehr. Also die Erde in rauhen Schollen liegen lassen!

Anmeldung der metallverarbeitenden Handwerker. Die Metallregabestelle hat einer Mitteilung des

Deutschen Handwerks- und Gewerbelammertages zufolge an die Tageszeitungen einen Aufruf gerandt, nach welchem alle Handwerksbetriebe, die Kupfer, Zinn, Aluminium, Zink, Blei und Nickel oder deren Legierungen zu Fertigwaren verarbeiten, sich zur Berücksichtigung bei der späteren Metallverteilung unverzüglich bei ihrer Handwerksammer anzumelden haben. Die Gewerbelammer Chemnitz weist auch hierauf darauf hin und empfiehlt allen Handwerksbetrieben des Bezirkes, die die oben genannten Metalle verarbeiten, zur Vermeidung von späteren Nachteilen, sich schleunigst unter genauer Angabe ihrer Firma (Vor- und Zuname, Handwerk, Wohnort, Straße, Hausnummer) bei der Gewerbelammer Chemnitz zu melden.

Reichliches Angebot an Kolonialwaren nach Friedensschluß. Die Handelskammer Dresden hat sich in einem Gutachten dahin ausgesprochen, daß voraussichtlich nach Friedensschluß an Kolonialwaren ein reichliches Angebot und daher eine Senkung der Preise zum Nachgeben eintreten werde. Auch die Beschaffung des Schiffsraumes spiele bei den Kolonialwaren, namentlich bei Kakao (Einfuhr 55 000 Tonnen im Jahre 1912) und bei Tee (gar nur 4100 T. im ganzen Jahre 1912) eine sehr untergeordnete Rolle, ganz abgesehen davon, daß von den zuständigen Stellen, den deutschen Reedereien, die Gefahr eines Lonnagemangels überhaupt bestritten werde.

3. Warnung! Dem Stelld. Generalkommando wird mitgeteilt, daß Soldaten, mit einem ungenügenden Ausweis des A. und S. Rates versehen, in der Stadt Jagdgewehr einsammeln. Sie geben vor, dazu vom A. und S. Rat beauftragt zu sein. Das ist nicht der Fall. Der A. und S. Rat hat keine derartige Maßnahme angeordnet. Das Publikum wird gebeten, Soldaten, die mit diesem Ansinnen herantreten, durch den nächsten Schutzmänn festnehmen zu lassen und die Abnahme des ungenügenden Ausweises zu veranlassen. Sachdienliche Mitteilungen sind an die Polizeidirektion oder an das Stelld. Generalkommando zu richten.

3. Alle Betriebe, die aus Anlaß der Räumung des beletzten Gebietes oder der Demobilisierung Deeresgebietes irgend welcher Art zur Lagerung zugewiesen erhalten, haben sich wegen etwa notwendig werdender Bewachung an das nächstgelegene Garnisonkommando zu wenden.

3. Unterbringung verwundeter Soldaten. Zur Sicherstellung der Unterbringung im Korpsbezirke eintreffender, zahlreicher, verwundeter und kranker Deeresangehöriger, wird dem Sanitätsrat Dr. Burckhardt unter Mitwirkung des jeweiligen künftigen Garnisonarztes vom Exaltationsrat des vereinigten reoolut. A. und S. Rates hiermit Vollmacht erteilt. Derselbe wird sich durch entsprechende Legitimation ausweisen. Seinen Anordnungen auf Freigabe von Gebäuden, öffentlichen Anstalten usw. zu dem gedachten Zwecke ist unbedingte Folge zu leisten.

3. Im Ministerium des Innern fand gestern mittag eine Besprechung wissenschaftlich geolodter Beamter aus sämtlichen Verwaltungszweigen statt, in der einheitlich beschloffen wurde, in Gemäßheit der im Aufruf des Ministers des Innern gegebenen Richtlinien sich in den Dienst des Vaterlandes zu stellen.

Dresden. Am Dienstag hat sich hier ein Rat der Studenten gegründet, der durch die Beteiligung der Forstakademie Tharandt und der Bergakademie Freiberg erweitert werden soll. Der Rat der Studenten hat sich politisch nicht festgelegt, will aber an der Neuordnung der Dinge mitarbeiten.

Glauchau. Ein aus Bürgerkreisen gewählter Ausschuh hat an den Reichskanzler Ebert und den Reichstagspräsidenten Fehrenbach nachstehendes Telegramm gerandt: „An den Reichskanzler Ebert, Berlin. Die Glauchauer Bürgerschaft richtet an den Herrn Reichskanzler die dringende Bitte, die Tagung des Reichstages allerhöchstens zu veranlassen. Die Glauchauer Einwohnerschaft ist der Meinung, daß allein durch den sofortigen Zusammentritt des Reichstages die Ruhe und Ordnung verbürgt wird. Der Bürgerschaftsausschuh, Rechtsanwalt Wolf.“

Grüna. Aus Anlaß ihres 25jährigen Bestehens listete die Papierfabrik Wiede & Söhne in Trebsen-Pauschitz zugunsten ihrer Arbeiter 300 000 Mark. 20 Jubilare wurden mit Ehrenurkunden und Geldgeschenken ausgezeichnet.

Hohenstein-G. Auf eigenartige Weise sein Leben dem Vaterlande opfern mußte der hier wohnende Möbelhändler Bogen. Derselbe, seit Kriegsausbruch im Felde lebend, war von der Grippe befallen und sollte nach einem Heilmittelgeheimt werden. Auf der Fahrt entgleiste jedoch infolge Bombenabwurfes der Zug, wobei Bogen verunglückte.

Döberitz. Ein abergläubiger Fund wurde hier gemacht. Eine hiesige, etwa 80 Jahre alte Witwe, die in den kümmerlichsten Verhältnissen von den ihr von mitleidigen Menschen gewickten Gaben lebte, mußte dieser Tage, da sie erkrankt war, ins Krankenhaus übergeführt werden. Bei der Herrichtung ihres Bettes wurden ungefähr 8000 M., davon aber 2000 M. in Gold gefunden.

Oderan. Von einem verheerenden Brande wurde Mittwoch früh die große chemische Bleicherei an der Chemnitzer Straße heimgejucht. Das große Lager, in dem sich Tausende von Zentnern Wolle und viele hundert Faß Öl befanden, ist niedergebrannt. Das brennende Öl floh in dem Gehbach der Fißha zu. Das Maschinenhaus, die Spinnerei und Bleicherei konnten erhalten werden.

Plauen. Zur Bekämpfung der Schwindsucht überwies die Bogländische Maschinenfabrik A.G. dem Rat der Stadt 50 000 Mark, die den Plan der Errichtung einer Wald-erholungsstätte wesentlich fördern helfen.

Schneeberg. Die unterdeutschen Mitglieder des hiesigen Stadtrats haben ihr Amt niedergelegt.

Zwickau. Den aus dem Rathause erschienenen Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates Zwickaus erklärten Oberbürgermeister Reil und Polizeidirektor Barth, daß sie „unter dem Druck der Verhältnisse und der Gewalt folgen“ sich mit ihrer Tätigkeit dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellen. Oberbürgermeister Reil fügte noch hinzu, daß er für seine Person sich vorbehalten müsse, infolge eines körperlichen Leidens sich zunächst auf Zeit beurlauben zu lassen, eventuell in den Ruhestand zu gehen. Auch Amtshauptmann Dr. Jani erklärte, daß er zur Fortführung der Geschäfte bereit sei mit dem Vorbehalt, daß nicht Anordnungen getroffen würden, deren Durchführung er nicht glaube übernehmen zu können.

Bemerktes

Der Greis als Heiratsschwindler. Ein etwa 80-jähriger Mann, der sich als Graf und Baron v. d. Linde ausgab, prellte in Heimsiedt einige weibliche Personen, indem er ihnen die Ehe versprach und größere Schenkungen in Aussicht stellte. Nebenbei erschwand er sich von den Betroffenen einen Ueberzieher und Wohnung. Der alte Gauner ist als der Invalide Edmund Helms aus Hannover ermittelt und festgenommen worden.

Künstlicher Gummi. Wie die „Tägl. Rundschau“ aus München berichtet, ist es gelungen, künstlichen Vollgummi herzustellen. Die bayrische Postverwaltung ist in diesen Tagen dazu übergegangen, verjuchweise eine Vertiefung der Postautos in München und auf der Strecke Passau-Densterg mit künstlichem Gummi vorzunehmen. Die Versuche haben bis jetzt allen Erwartungen entsprochen. Der Anschaffungspreis übersteigt allerdings den des natürlichen Gummis. Für Bayern ist diese Angelegenheit um so wichtiger, als der Rohstoff für den künstlichen Gummi ausschließlich in Bayern hergestellt wird.

Niederhessenen. Freitag, den 15. Nov. vorm. 1/2 11 Uhr Wochentorm

